

das Absinken in ein Chaos zu vermeiden.

stärkt die Deutsche Zentrumspartei auch heute die Reichsregierung und spricht insbesondere dem Herrn Reichskanzler und den der Partei angehörigen Mitgliedern des Kabinetts für ihre hingabe und opfervolle Arbeit ihren Dank aus.

Die Deutsche Zentrumspartei weiß, daß die Regierung unter Abwägung aller Möglichkeiten den Weg für eine durchgreifende Erleichterung untragbarer Reparationslasten vorbereitet und betreten hat. Die Zentrumspartei stärkt die Regierung in diesem Bemühen, weil nur bei einer baldigen Lösung der Reparationsfrage die wirtschaftliche und politische Beruhigung eintreten kann, die Deutschland wie auch andere Staaten und Völker Europas vor revolutionären Erschütterungen und vor namenloser Verelendung bewahren kann. Wir rufen deshalb alle Gutgesinnten und Einsichtigen in der Welt auf, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, bevor es zu spät ist. Doch größere Opfer kann das deutsche Volk nicht tragen. Wir haben ein Recht auf Leben und Freiheit in einem geordneten und befriedeten Europa.

In dieser ersten Zeit sind jaghafte parteipolitische Ueberlegungen nicht am Platze. Die Einberufung des Reichstages gefährdet die nationale Arbeit der Reichsregierung. Die Deutsche Zentrumspartei kämpft mit allen Gutgesinnten in der deutschen Nation für die Erhaltung und für die Befreiung des Vaterlandes. Wir rufen Führer und Gefolgschaft der Partei auf, in dieser Stunde stärksten Mut zu beweisen. Der Parteien Haß und Leidenschaft müssen schweigen. Die Not der Nation muß die Gegensätze endlich überbrücken. Deutschland muß in der Stunde der Gefahr ein starkes und einigtes Geschlecht finden. Wir sind zu gemeinsamem Handeln bereit.

Barteiführerbekämpfung beim Kanzler Gegen Reichstagsberufung und Abänderung der Notverordnung.

Berlin, 14. Juni.

Reichskanzler Dr. Brüning kehrte Sonnabendvormittag aus Neudeck zurück, wo er dem Reichspräsidenten über die politische Lage berichtet hatte. Er nahm dann im Laufe des Vormittags die Besprechungen mit den Parteivertretern wieder auf. Die Besprechung mit den Sozialdemokraten, an der auch Dr. Stegerwald und der Führer der Zentrumspartei, Dr. Kaas, teilnahmen, führten noch zu keinem Abschluß. Den Vertretern der Staatspartei erklärte der Kanzler, daß er grundsätzlich keine Bedenken gegen eine Aenderung der Notverordnung in einzelnen Punkten habe, aber keine Möglichkeit sähe, wie man die in entgegengesetzter Richtung laufenden Aenderungswünsche der verschiedenen Parteien miteinander in Uebereinstimmung bringen könne.

Aus den Unterredungen gewann man den Eindruck, daß der Kanzler seine Uebereinstimmung mit der Auffassung des Reichspräsidenten dahin bekanntgab, daß sowohl eine vorzeitige Einberufung des Reichstages wie auch eine Abänderung der Notverordnung unzweckmäßig sei.

Dr. Dietrich zur Reparationsfrage.

Die Aufgabe der Notverordnung.

Ueberlingen, 15. Juni.

Auf dem Landesparteitag der Staatspartei Badens sprach Reichsfinanzminister Dietrich über die politische Lage und die neue Notverordnung. Er führte u. a. aus:

Die Krise sei diesmal ausgebrochen, obwohl wir noch den ganzen Sommer Zeit zu Vorbereitungen hätten, um ohne Gefahr durch den Winter hindurchzukommen. Das Bedenklichste an der gegenwärtigen Lage sei, daß wieder einmal der Kampf aller gegen alle zu entbrennen drohe, daß man vergesse, daß wir in einem historischen Moment stehen, in dem die Frage, ob die Regierung sich behaupten könne, gleichbedeutend sei mit dem Kampfe darum, ob sie in der bevorstehenden Auseinandersetzung um die Reparationsfrage sich zu einem endgültigen Erfolg durchkämpfen werde. Wenn der Streit um die Verteilung der Lasten nach innen so scharf würde, daß er die gegenwärtige Regierung zu Fall bringt, so würden die Folgen nicht nur eine ungeheure Gefährdung vor allen Dingen der deutschen Wirtschaft und eine erneute Verschärfung der Arbeitslosigkeit, sondern auch die Erschwerung unserer außenpolitischen Lage sein.

Dann verbreitete sich der Minister ausführlich über die Notverordnung, die den Zweck habe, die Reichsfinanzen in Ordnung zu bringen. Er widerlegte im einzelnen die gegen die Notverordnung geltend gemachten Bedenken, hauptsächlich, soweit sie sich auf die angebliche Subventionspolitik der Reichsregierung, die er entschieden bestritt, und auf die unsoziale Verteilung der Lasten beziehen.

Angeichts der allgemeinen Lage müsse man aber die Frage aufwerfen, ob nicht unsere Bedürfnisse nach dem verlorenen Kriege allgemein und zu rasch gestiegen seien. Man mache einfach die Regierung verantwortlich, wenn einem irgendwo der Schuh drückt und tut so, als ob man schon in einem sozialistischen Staatswesen wäre, während wir doch immer noch auf dem Boden der privaten Wirtschaft stehen, für die der Staat die Verantwortung ablehnen müsse. Man müsse allen denen, die klagen, zurufen, daß es kein Land der Welt gibt, in dem für die Notleidenden so umfangreich gesorgt werde, wie in Deutschland. Kein halbwegs vernünftiger Mensch wird behaupten können, daß, wenn man an dieser sozialen Fürsorge festhält und wenn man entschlossen ist, auch eine weitere Million Arbeitsloser im nächsten Winter zu versorgen, daß man die Mittel dafür nicht ohne Opfer der Bevölkerung hervorzaubern kann.

Minister Dietrich ging dann auf die Reparationsfrage ein. Daß die Regierung entschlossen sei, der Frage des Reparationsproblems nicht aus dem Wege zu gehen, habe sie durch ihr Manifest gezeigt. Die Weltmeinung sei offenbar einer Aufstufung nicht ungnädig, da man allmählich begriffen habe, wie gefährlich der Störungsfaktor der Reparationen sei.

Zum Schluß ging der Minister noch auf die Diktaturgerüchte ein und sagte, ein Diktatur würde die Lage nicht bessern, sondern lediglich insofern verändern, als dem Unzufriedenen der Mund verbunden würde. Der Minister verwies auf die Ergebnisse anderer Diktaturen und erklärte: Im übrigen ist die Regierung nicht gesonnen, die Verantwortung für ihre Maßnahmen auf irgendjemand abzuschieben, wie es neuerdings dargestellt wird.

Zur Unterredung Reichskanzler-Dingeldey

Köln. Ueber die Unterredung, die der Führer der D.D.P. Reichstagsabgeordneter Dingeldey am Sonnabend mit Reichskanzler Dr. Brüning auf der Fahrt nach Hannover über die politische Lage gehabt hat, erzählt die „Sächsische Zeitung“ aus maßgebenden volksparteilichen Kreisen, daß im Mittelpunkt der Erörterungen die von der Deutschen Volkspartei aufgeworfenen drei Hauptfragen standen: Einmal in welcher Weise die Frage der Tributrevision so schnell und so nachdrücklich wie irgend möglich vorwärts gebracht werden

kann, besonders nachdem die seit Chequers eingetretene veränderliche Devisenlage die Situation für Deutschland erneut verschärft hat, sodann die Frage der Sicherung des Zieles der Notverordnung durch organische Reformen und einen einheitlichen Finanz- und Wirtschaftsplan, endlich die Frage der Gewinnung der besten Männer zur erfolgreichen Durchführung dieser Aufgaben, besonders auch solcher Persönlichkeiten, die parteipolitisch nicht gebunden sind. Nur so kann das Vertrauen des Volkes trotz etwaiger neuer Opfer wieder gewonnen werden.

Ueber die entscheidende Bedeutung dieser Fragen für unsere ganze Zukunft herrschte feinerlei Meinungsverschiedenheit. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei den am Montag fortzuführenden Verhandlungen eine Annäherung der Auffassung erzielt und damit eine akute Krise verhindert wird. Die Bedeutung der Aussprache liegt vor allem darin, daß die sachlichen Gesichtspunkte wieder in den Vordergrund gestellt werden sind, die durch allerlei tendenziöse Madenschäften der letzten Tage hinter personellen Fragen zurückgedrängt worden waren. Ist man sich über Ziel und Weg einig, dann wird die Lösung der Personenfrage sich voraussichtlich ohne Schwierigkeiten ergeben.

Der Sturm gegen die Notverordnung

Dresden, 15. Juni.

Der geschäftsführende Vorstand des Verbandes der Sächsischen Schutzpolizei befaßte sich mit der neuen Notverordnung. Es wurde einstimmig eine Protestentschließung angenommen, in der die Notverordnung als eine Rechtlosmachung der Beamtenschaft gekennzeichnet wird, die den Grundpfeiler von Treue und Glauben und das Vertrauen zur Reichsregierung weiter tief erschüttere. Von der Sächsischen Regierung erwartet der Verband daß sie alles tue, um die Reichsregierung zur Aenderung der Notverordnung zu bewegen. Nur durch Beseitigung der Tributzahlungen könne dem Volke und damit auch der Beamtenschaft in ihrer verzweifeltsten Lage geholfen werden.

Die Dresdner Kaufmannschaft faßte einstimmig eine Entschlieung, in der die letzte Notverordnung der Reichsregierung mit Protest abgelehnt wird. Der Landtag wird dringend gebeten, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Notverordnung nicht Gesetz werde. Die Regierung solle durch eine Klage an den Staatsgerichtshof appellieren. Die Entschlieung der Dresdner Kaufmannschaft, die vom Reichstag die Wiederaufhebung der Notverordnung erwartet, soll den Landtagsabgeordneten sofort übermittelte werden.

Leipzig, 15. Juni.

In der Vorstandssitzung des Reichsverbandes für das Kraftdroschkengeerbe wurde einstimmig eine Entschlieung gefaßt, in der gegen die unterträgliche Belastung des Gewerbes durch die in der Notverordnung vorgesehene Erhöhung der Mineralölsteuern protestiert und unter Hinweis auf die Notlage des zusammenbrechenden Gewerbes dringende und schleunigste Abhilfe gefordert wird. In der Entschlieung heißt es:

„Die Belastung des deutschen Kraftdroschkengewerbes durch die Kraftfahrzeugsteuer und durch die hohen Mineralölsteuern war schon bisher unerträglich. Sie hat zur Folge gehabt, daß das Gewerbe völlig zusammengebrochen ist. Zur Ankerbelastung der deutschen Wirtschaft kann es durch Erteilung von Aufträgen (Jahresbedarf von rund 10 000 Kraftwagen) dadurch nicht beitragen. Die durch die dritte Notverordnung beträchtlich erhöhten Zölle treffen das Kraftdroschkengeerbe besonders hart. Da der Jahresbedarf einer Kraftdroschke 10 000 Liter Brennstoff übersteigt, bedeuten die neuen Zollerhöhungen eine neue Belastung je Kraftdroschke von rund 700 RM. Das ist eine Mehrbelastung des Gewerbes in Höhe von 25,2 Millionen Reichsmark. Das Kraftdroschkengeerbe umfaßt rund 36 000 Kraftdroschken. Es gibt Tausenden von Menschen täglichen Broterwerb und vielen Zweigen der deutschen Wirtschaft laufend Arbeit und Verdienst. Die dringliche Beachtung der Notlage des zusammenbrechenden Gewerbes kann ohne ernsthafte Folgen auch im „Interesse der Allgemeinheit nicht mehr länger aufgeschoben werden.“

Das Handwerk gegen die Notverordnung.

Münster, 15. Juni. Auf dem 11. Nordwestdeutschen Handwerkstag wurde eine Entschlieung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Notverordnung hat unsere berechtigten Hoffnungen auf eine fühlbare steuerliche Entlastung, auf eine Lösung der jede Initiative der Handwerkswirtschaft hemmenden Fesseln, auf das tiefste enttäuscht. Das Handwerk ist am Ende seiner Kraft und kann die neuen Lasten der Notverordnung nicht mehr tragen. Nur die rückföhrliche Vereinfachung der gesamten öffentlichen Verwaltung, nur die wirkliche Befreiung der Wirtschaft von den staatssozialistischen Bindungen aller Art können uns vor der endgültigen Katastrophe behüten.

Neues „Stahlhelm“-Verbot

Berlin, 15. Juni.

Der Berliner Polizeipräsident hat, wie die Pressestelle des Stahlhelms mitteilt, die Zeitschrift „Der Stahlhelm“, das offizielle Organ des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, auf Grund der Notverordnung vom 28. März 1931 bis einschließlich 28. Juni verboten.

Als Begründung für dieses neue Verbot wird angeführt, daß in Nr. 23 des „Stahlhelm“ der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister durch eine Karrikatur böswillig verächtlich gemacht wurden. Die Zeichnung stellt den deutschen Michel da, wie er, eingeklemmt in die Steuerpresse, Geld und Blut in ein Gefäß mit der Aufschrift „Reparationen“ spuckt. Die Steuerpresse werde, erklärt die Pressestelle des Stahlhelms, von Finanzbeamten bedient, von denen der eine zum anderen sagt: „Sehen Sie, Herr Kollege, jetzt spuckt er nicht nur Geld, jetzt spuckt er auch schon Blut.“ Der Berliner Polizeipräsident behauptet, daß in der Karrikatur der Reichskanzler „höhnisch lächelnd“ und der Reichsfinanzminister „mit zynischer Miene“ dargestellt seien. Gegen diese Auslegung der Zeichnung und das mit ihr begründete Verbot haben der Verlag und die Schriftleitung Beschwerde eingelegt.

Aufmarsch der Stennes-SM.

Brandenburg (Havel), 15. Juni. Die unter Hauptmann Stennes vereinigten Berliner SM, der Stennes- und Straffer-Gruppen traten zu ihrem ersten Aufmarsch nach der Loslösung von der Hitler-Partei an. In drei Dampfern war die Berliner SM in Brandenburg eingetroffen. Am Landungssteg wurde sie von Abordnungen Brandenburger Stürme und Gruppen aus Pommern, Anhalt, Dessau, Sachsen und Schlesien erwartet. Die Stürme und Standarten marschierten vor dem Hauptmann Stennes und Dr. Otto Straffer vorbei, die mehrfach Ansprachen an sie richteten.

Eine scharfe Drohung Bayerns

„Gegen verfassungsrevolutionäre Reichsreformwünsche.“

Regensburg, 14. Juni.

In einem Artikel „Zeit zur Reichsreform?“ nimmt der bayrische Ministerpräsident Dr. Held nachstehende „Regensburger Anzeiger“ in seiner Sonntagnummer zu den Bestrebungen gewisser unitarischer Kreise Stellung, die die Reichsregierung in diesem Augenblick auf das Glatteis der Reichsreform locken möchten. Dann heißt es wörtlich:

Eine Reichsreform, die gegen den Willen Bayerns und der übrigen süddeutschen Staaten das Grundgefüge des Reiches im Sinne eines entschiedenen Fortschritts zum Einheitsstaat umstürzen wollte, wäre eine Verfassungsrevolution, auch wenn ein solcher Staatsstreich durch eine Reichstagsmehrheit gebilligt würde. Eine derartige Krise würde Bayern nicht nur in eine Kampfstellung auf Leben und Tod hineindrängen, sondern ihm auch die Freiheit gegenüber der Reichsregierung zurückgeben.

Wer den Mut hat, seine Reichsreformwünsche auf die Spitze zu treiben, der muß auch damit rechnen, daß er Bayern in eine Lage hineindrängt, wo sich das natürliche und durch keine positive Reichsfassung zerkünderbare Lebensrecht Bayerns zu einer Forderung erheben muß, die Bedingungen neu zu bestimmen, unter denen Bayern seine Pflichten als Glied des Deutschen Reiches weiterhin erfüllen kann. Wer Bayern als Staat zerstören will, der macht es tot für das Reich.

Streichung der Reparationen

Ein kanadischer Vorschlag.

Ottawa, 14. Juni.

Das liberale Mitglied des kanadischen Unterhauses E. J. Young hat den Vorschlag gemacht, Kanada sollte der übrigen Welt mit der Streichung der Reparationen vorangehen. Reparationen und Hochzölle, erklärte Young, seien das größte Hindernis für eine Erholung der Wirtschaft. Kanada sollte daher Deutschland eine Quittung über die ihm geschuldeten Reparationszahlungen schicken. Wir fürchten, daß dieser durchaus vernünftige und auch weltwirtschaftlich logische Vorschlag eben nur ein Vorschlag bleiben wird.

Offene französische Schandenrede.

Paris. Auf ein deutlich erkennbares Kommando wird in allen Zeitartikeln der großen Pariser Blätter behauptet, daß die Reichsregierung die „Folgen ihrer Offensive gegen ihre nationalen Verpflichtungen und gegen die Friedensverträge“ nun zu spüren bekomme. Verlinar wendet sich offen gegen den Rat des Gouverneurs der Bank von England, Deutschland in seiner Not zu helfen. „Wenn die Berliner Regierung“, schreibt er, „wirklich friedliche Absichten gezeigt hätte, hätten sich auch die kurzfristigen Kredite von selbst in langfristige verwandelt.“ Deutschland in seinem gegenwärtigen Zustand zu unterstützen, würde bedeuten, die alldesche Bewegung künstlich zu nähren und Frankreich allen Erpressungen auszusetzen.

Kabinet Laval bleibt.

Ministerpräsident Laval hat dem Präsidenten der Republik, Doumer, das Rücktrittsgesuch des Kabinetts überreicht. Präsident Doumer lehnte jedoch eine Demission des Kabinetts ab, so daß dieses in seiner bisherigen Zusammenlegung weiterhin die Geschäfte führen wird.

Der Wechsel im Elisee

Am Sonnabend fand die feierliche Uebergabe der Präsidentschaft an Doumer statt. In einer Ansprache an den neuen Präsidenten hob der bisherige Präsident Doumergue hervor, daß Frankreich die bevorzugte Stellung zu wahren wisse, „die es dank seiner Opfer und seiner Selbstlosigkeit glorreich, wenn auch unter Opfern, erobert habe!“ Für die Erfüllung dieser Aufgabe werde der neue Präsident im Parlament eine wertvolle Stütze finden. In seiner Dankerwidmung sagte Doumer u. a., er rechne darauf daß die Unterstützung von Kammer und Senat ihm zur Aufrechterhaltung der republikanischen Legalität, die die Bedingung für den inneren und äußeren Frieden sei, nicht fehlen werde. „Niemer Frieden bleibe das Land nach den glorreichen und schmerzlichen, aber heroisch ertragenen Verlusten mehr denn je zugehan.“

Baul-Boncour vertritt Frankreich

In der Haager deutsch-österreichischen Zollpaktenscheidung.

Paris, 14. Juni.

Die französische Regierung hat für die Verhandlungen über die Rechtsgültigkeit des Zollpakts vor dem Haager Schiedsgericht den Rechtsberater des Quai d'Orsay, Professor Basdevant, und den Rechtsanwalt und sozialistischen Abg. Baul-Boncour als Vertreter ernannt. Letzterer hat sich, wie auch der Sozialist Herriot sehr entschieden gegen den Zollpakt ausgesprochen. Immerhin ist es merkwürdig, daß Baul-Boncour diese hochpolitische Vertretung übernimmt, wo doch seine Partei sich keineswegs gegen den Zollpakt festgelegt hat.

Spionage zu Gunsten Rußlands

Deutsche Chemikerin in Bukarest zu Zwangsarbeit verurteilt.

Bukarest, 14. Juni.

Die Spionin Cilly Ausländer, die zusammen mit 27 anderen Personen überführt worden ist, Spionage für Rußland getrieben zu haben, ist zu sechs Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Major Barzaru, der als der Hauptschuldige gilt, erhielt eine Strafe von 20 Jahren. Die übrigen Urteile gehen von 1 bis 15 Jahren. Die Spionage-Organisation war im Oktober des letzten Jahres aufgedeckt worden, nachdem sie von den rumänischen Behörden ein Jahr lang scharf beobachtet worden war. Damals wurden hundert Verhaftungen vorgenommen. Die Organisation hatte so große Geldsummen zur Verfügung, daß sie in Bukarest eine eigene Radio-Sendestation einrichten konnte. In Bukarest bestanden drei Unterabteilungen der Organisation, die aber voneinander getrennt arbeiteten, so daß die Mitglieder der einen Abteilung von der Existenz und der Tätigkeit der beiden anderen nichts wußten.

Unter den Angeklagten befand sich auch der Chef der politischen Polizei, Popescu. Fräulein Ausländer ist eine deutsche Chemikerin, sie wurde damals festgenommen, als sie gerade Bukarest verlassen wollte. An dem Spionage-Komplot waren auch ein Ingenieur der Flugzeugfabrik in Kronstadt sowie mehrere Angestellte des Militär-Geographischen Instituts in Bukarest beteiligt.